

Also, die Nagelprobe wird gemacht, indem wir schauen, wo es eine wirkliche Innovation gibt und wie das Standing des Landesvorsitzenden ist.

(Zuruf von der FDP: Warum reden Sie nicht zum Thema, Frau Beer? Wissenschaft und Hochschule!)

Herr Pinkwart, ich weiß auch, dass die FDP auf der Bundesebene schon ein bisschen weiter ist – wie wir auch in allen anderen Debatten in den Bundesländern wesentlich weiter sind als in Nordrhein-Westfalen.

Ich wünsche mir also, dass Sie auch zu diesem Innovationsaspekt und zu Ihrem Vorstoß hier noch etwas sagen. Sonst fehlt uns heute Morgen einfach etwas.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als Nächster hat Herr Kollege Löttgen für die Fraktion der CDU das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auch wenn der letzte Beitrag Ansätze von Humor zeigte, muss ich sagen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hatte!)

– ja, das habe ich gesagt, das habe ich ja zugegeben –, dass die zusätzlichen Beiträge der Opposition mir nur einen einzigen Erkenntnisgewinn gebracht haben: Sie haben bedauernd wenig Kenntnisse darüber, was positive Faktoren für ein Innovationsklima sind.

(Beifall von der CDU)

Sie wollen die Realität der Zahlen einfach nicht anerkennen, und das aus einem einzigen Grund: weil sie den Aufwärtstrend in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Technologie unter dieser Regierung dokumentieren.

Ich will Ihnen daher abschließend ein Zitat vortragen, das die Situation meines Erachtens sehr richtig beschreibt:

„Der Verstand der Menschen ist von dreierlei Art. Entweder sie erkennen alles von selbst oder nur dann, wenn sie von anderen darauf hingewiesen werden, oder sie verstehen weder etwas von selbst noch mithilfe anderer.“

Zur Gruppe der Letzteren gehören Sie.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Sie haben wohl von allen Dreien etwas?)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Löttgen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ein Blick in die Runde: Bleibt das auch so? – Dann sind wir am Schluss der Beratung über Einzelplan 06.

Die Abstimmung werden wir nach den Beratungen über den nächsten Einzelplan durchführen, weil wir verabredet haben, zwischen 12 und 14 Uhr keine Abstimmungen vorzunehmen.

Ich rufe **Einzelplan 10** auf:

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5510 und die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Kollegen Sagel mit den laufenden Nummern 66 bis 75 hin.

Ich eröffne die Beratung über die Teilbereiche „Umwelt und Naturschutz“, „Verbraucherschutz“ und „Landwirtschaft“ und gebe zunächst der Kollegin Schulze für die Fraktion der SPD das Wort.

Svenja Schulze (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden jetzt über den Einzelplan 10, das heißt über den Einzelplan für die Bereiche Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherpolitik.

Wenn man sich diesen Einzelplan ansieht, kann man ganz genau erkennen, was die schwarzgelbe Landesregierung in der Umweltpolitik und in der Verbraucherpolitik macht: Sie senkt Standards. Sie fährt diesen Ansatz systematisch herunter.

Ich will das heute an zwei Punkten verdeutlichen. Was die Verbraucherpolitik betrifft, so wissen Sie, dass wir hier in den letzten Jahren viele Skandale hatten, etwa PFT und Gammelfleisch. Wir haben über Medikamente im Wasser und über vieles andere mehr gesprochen.

Die Antworten muss man den Mitgliedern dieser Landesregierung jedes Mal einzeln aus der Nase ziehen. Aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher ist es ganz schwierig, wirklich Antworten zu bekommen.

Das Gleiche gilt für den Klimaschutz. Man sollte meinen, dass man, wenn man einen solch großen Etat hat, wirklich auf die Herausforderungen in der Klimapolitik reagiert. Aber man bekommt gar keine Antworten.

Frau Thoben erklärt uns hier im Parlament, das sei der Bereich, für den sie zuständig sei, sie sei

Klimaschutzministerin. Bei der Einbringungsrede im Ausschuss haben wir gehört, der Klimaschutzminister sei Herr Uhlenberg. Also ist noch nicht einmal geklärt, wer eigentlich für den Bereich zuständig ist.

Sie hatten zunächst 250.000 € dafür eingestellt. Dann ist Ihnen aufgefallen, dass das ja wohl doch ein bisschen wenig ist, um etwas gegen den Klimawandel zu tun. Dann haben Sie einen Fonds aufgelegt. Diesen Fonds speisen Sie mit den Verkaufserlösen aus Aktien. Ich finde, das zeigt am deutlichsten, wie Sie Klimapolitik begreifen. Sie sind davon überzeugt, das ist ein einmaliges Projekt, wir machen jetzt einmal ein Jahr Klimapolitik, und dann hat es sich.

So kann man aber mit diesem wichtigen Thema nicht umgehen. Klimawandel ist leider kein zeitlich befristetes Projekt. Das ist nichts, was man einmal hier kurz im Haushalt anreißt, und dann ist es das. Klimaschutz braucht ein Konzept, braucht langfristig angelegte Maßnahmen. Vielleicht können Sie einmal bei Frau Merkel und bei der Bundesregierung nachfragen, wie man so etwas macht. Ein Land wie Nordrhein-Westfalen hätte das auf jeden Fall nötig. Wenn Sie da keine eigenen Ideen haben, schreiben Sie doch wenigstens das fort, was wir hier über viele Jahre gemacht haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ministerin Christa Thoben: Das wäre ganz schön teuer!)

– Ja, Frau Thoben, das ist ganz interessant. Sie rufen hier dazwischen, das wäre ganz schön teuer. Wir wissen doch inzwischen, dass uns, wenn wir im Klimaschutz nichts tun, das viel, viel teurer kommt, als wenn wir jetzt endlich etwas machen und in diesen Bereich hineingehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ministerin Christa Thoben: Wer tut denn nichts?)

Sie haben im letzten Jahr hier eine ganze Menge Gesetze durchgebracht. Sie haben allein fünf Gesetzesvorhaben, Landschaftsgesetz, Landeswassergesetz, Wasserverbandsgesetz, Forstreform und Kommunalisierung der Umweltverwaltung, in diesem Jahr auf den Weg gebracht. Sie legen uns hier einen Haushalt vor, bei dem man erwarten könnte, dass Sie uns sagen, wie Ihre Antworten auf die Zukunftsfragen aussehen. Aber alle diese Gesetze und dieser Haushalt dokumentieren nur eines: Sie senken Standards ab. Sie nehmen die Herausforderungen, die sich in diesem Bereich stellen, nicht ernst. Sie dokumentieren das in diesem Haushalt ganz deutlich.

Ich will Ihnen aber auch einen zweiten Bereich nennen, bei dem ich glaube, dass Sie in die völlig falsche Richtung laufen. Sie wissen, wie wichtig im Naturschutz das Ehrenamt ist.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ja!)

Wenn wir alles das, was Ehrenamtliche hier in Nordrhein-Westfalen leisten, bezahlen müssten, würde dieser Haushalt sicherlich nicht reichen. Die Arbeit, die diese Menschen da leisten, ist enorm. In NRW sind beim Naturschutzbund, beim BUND und bei der LNU fast 400.000 Menschen aktiv, 400.000 Menschen, die ehrenamtlich für den Naturschutz arbeiten. Wir sollten heute hier die Gelegenheit nutzen, diesen Menschen auch von hier noch einmal für das zu danken, was sie da leisten.

(Allgemeiner Beifall)

Der schwarz-gelben Landesregierung ist das, was da passiert, aber offensichtlich suspekt. Anders kann ich es mir nicht erklären, dass Sie ausgerechnet da kürzen, wo es um die Förderung des Ehrenamts geht, wo es darum geht, die Knoten zu knüpfen, damit Ehrenamtliche wirklich in Netzwerken aktiv werden können, und wo es darum geht zu helfen, damit kommunal etwas angestoßen wird. Sie kürzen beim Landesbüro der Naturschutzverbände. Sie kürzen bei Verbändeveranstaltungen für die Naturschutzakademie. Sie kürzen bei der Stiftung Naturschutz. Sie kürzen in Ihren Änderungsanträgen, die die CDU eingebracht hat, noch einmal bei den Verbänden.

Sie schaden damit nicht nur den einzelnen kleinen Initiativen vor Ort. Sie schaden den Kommunen. Sie schaden all denen, die da vor Ort aktiv sind. Sie schaden damit der Umwelt- und Naturschutzpolitik insgesamt.

Ich will zusammenfassen, was Sie in diesem Einzelplan darlegen. Der Umweltaetat ist für Schwarz-Gelb eindeutig die Melkkuh. Hier wird Geld herausgenommen. Sie haben keine eigenen Ideen für die Umweltpolitik der Zukunft. Sie haben keine Ideen, wie es mit dem Naturschutz weitergehen soll. Sie haben keine Ideen für eine innovative Verbraucherschutzpolitik. Der Einzelplan 10 ist ein einziger Steinbruch. Da wird Geld herausgenommen. Da wird Geld weggenommen. Da wird nicht innovativ nach vorne gearbeitet.

Ich sage zusammenfassend: Sie treten das Ehrenamt hier in Nordrhein-Westfalen mit Füßen. Sie schaden den Aktiven, wo Sie können. Sie haben keinerlei Antworten auf den Klimawandel. Sie senken außerdem die Standards ab, wo Sie können.

Diesem Einzelplan kann meine Fraktion auf gar keinen Fall zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze. – Als Nächstes hat für die Fraktion der CDU die Kollegin Fasse das Wort. Bitte schön.

Marie-Luise Fasse (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Bereich des MUNLV werden wie in den vergangenen Jahren einerseits zielstrebig und dennoch nachhaltig Beiträge zur Haushaltskonsolidierung geleistet und andererseits der Naturschutz, der Umweltschutz, der Gewässerschutz, der Hochwasserschutz und die Luftreinhaltung weiter ausgebaut.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Steinbruch! Das haben wir gerade gehört!)

Insgesamt wird ein Haushaltskonsolidierungsbeitrag in Höhe von 28 Millionen € geleistet, wobei die Minderausgaben bei fast 8 Millionen € liegen. Anders als bei der früheren Landesregierung werden vor dem Hintergrund der klaren Kosten- und Nutzenanalysen die Haushaltsmittel auf ökonomisch und ökologisch notwendige Bereiche und Projekte konzentriert. Ein effizienter Mitteleinsatz stellt sicher, dass auch in Zukunft Natur-, Umwelt-, Gewässer- und auch Hochwasserschutz auf einem hohen Niveau weiterentwickelt werden.

Die enorm hohe Neuverschuldung in den letzten Wahlperioden hat auch dazu geführt, dass Umweltprojekte nicht nach Qualität, sondern oftmals nach Quantität priorisiert und gefördert wurden.

Wir kennen die vielfältigen Wunschzettel, die es im Geschäftsbereich des MUNLV gibt. Allerdings, meine Damen und Herren, ist an Geschenke für das Jahr 2008, besonders am heutigen 6. Dezember, dem Nikolaustag, leider nicht zu denken. Denn würden wir Geschenke verteilen, würde das Neuverschuldung bedeuten, die dann in den nächsten Jahren bezahlt werden müsste. Wir machen also im Vergleich zur alten Landesregierung keine Pseudo-Geschenke und finanzieren den Haushalt solide.

Auch kann die Rute im Sack bleiben, meine Damen und Herren, denn das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für die Sparmaßnahmen ist groß. Mit dem Koalitionsvertrag haben wir den Menschen in Nordrhein-Westfalen neue Chancen zugesagt,

(Jürgen Unruhe [SPD]: Neue Enttäuschungen!)

was bedeutet, dass die natürlichen Lebensgrundlagen vor dem Hintergrund ökologischer und auch ökonomischer Vernunft gesichert werden müssen.

(André Stinka [SPD]: Deswegen gehen auch alle auf die Straße!)

Das bedeutet insbesondere im Bereich des Natur- und Umweltschutzes, dass wir neben den wirtschaftlichen Grundlagen vor allem die natürlichen Lebensgrundlagen für die Menschen nicht nur erhalten, sondern verbessern müssen. Das zeigt sich zum Beispiel in der Gestaltung und Nutzung unserer Landschaften, in der weiteren Verbesserung der Gewässerqualität und der Luftqualität, in der Behebung von Zivilisationsschäden und im Hochwasserschutz.

Bereits im vergangenen Jahr haben wir zugesagt, dass keine weiteren Kürzungen bei Förderprogrammen und bei Sachausgaben vorgenommen werden sollen. Durch neue Schwerpunktsetzungen zum Beispiel im Natur- und Umweltschutz konnten erhebliche Qualitätsverbesserungen herbeigeführt werden. Auch im Umweltschutz gilt: Qualität vor Quantität und Stärken stärken.

Insbesondere im ehrenamtlichen Naturschutz zeigen wir uns als verlässlicher Partner, zum Beispiel bei den Biologischen Stationen. Auch im Verbraucherschutz, zu dem ich später noch sprechen werde, haben wir klare Vereinbarungen getroffen und geben Finanzierungssicherheit. Im Vergleich zu den Vorjahren haben wir sogar die Finanzmittel für ehrenamtlichen Naturschutz um 311.000 € aufgestockt, Frau Schulze.

(Beifall von der CDU – Svenja Schulze [SPD]: Da rechnen Sie falsch!)

Ein deutlicheres Zeichen für die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeiten kann man doch wohl kaum setzen.

Auch in kleinsten Bereichen versuchen wir zu helfen. Dies zeigt sich darin, dass wir den Kleingärtnern, denen im vergangenen Jahr die Geschäftsstelle abgebrannt ist, mit 30.000 € unter die Arme greifen, damit die Mitglieder nicht zusätzlich belastet werden.

Ein besonderes Anliegen der Koalitionspartner ist es, die Landesfinanzierungen für Bundes- und EU-Programme sicherzustellen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass hier erhebliche Finanzmittel gebunden werden, und bemühen uns, über Qualitätssteigerungen bei Umsetzung der Programme das Niveau der Förderung weiter zu erhöhen.

Wir sind besonders stolz darauf, dass wir die von der Opposition immer infrage gestellten erforderlichen Mittel zur Beseitigung der Kyrill-Schäden zur Verfügung stellen können. Durch die vielfältigen Bemühungen der Landesregierung konnten auch hier erhebliche Mittel der Europäischen Union eingeworben werden, womit den Waldbauern kurz- und mittelfristig geholfen werden kann.

Im Haushalt 2007 wurde erstmals erreicht, intensive Naturschutzmaßnahmen als Maßnahmen des ländlichen Erbes in der EU-Kofinanzierung entsprechend der ELA-Verordnung aufzunehmen. Darüber hinaus erhält der Haushalt 2008 nunmehr zusätzliche EU-Kofinanzierungsmittel für das Ziel-2-Programm NRW 2007 bis 2013. Auf diese Weise werden NATURA-2000-Gebiete für den Tourismus erschlossen, und durch die EU-Mitfinanzierung wird der Landeshaushalt leicht entlastet.

Für diesen Bereich stehen im Jahr 2008 mit den Landesmitteln damit insgesamt Fördermittel in Höhe von 5,4 Millionen € zur Verfügung. Gefördert werden dadurch Arten- und Biotopschutzmaßnahmen. Es werden Entwicklungs- und Pflegekonzepte erstellt, um auf entsprechende Weise die NATURA-2000-Verpflichtungen zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Woche hat der Umweltminister die Leaderregionen in Nordrhein-Westfalen bekanntgegeben. In einem Ideenwettbewerb haben sich Kreise und kreisfreie Städte für die Förderperiode 2007 bis 2013 qualifiziert. Diese hervorragenden, vor Ort mit zahlreichen Akteuren entwickelten Ideen werden in ihrer Umsetzung über das NRW-Programm „Ländlicher Raum“ mit etwa 18 Millionen € aus EU-Mitteln mitfinanziert.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Da hatten einige mehr erwartet!)

An dieser Stelle wird wieder einmal deutlich, meine Damen und Herren, dass Projekte nicht an einem Behördenschreibtisch entwickelt werden müssen, sondern aus den jeweiligen Bereichen kommen sollten, womit selbstverständlich eine hohe Identifizierung und die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement gefördert werden.

Wir halten es für eine hervorragende Arbeitsweise, dass in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Naturparke Nordrhein-Westfalen in Zukunft alle drei Jahre ein Wettbewerb ausgeschrieben wird. Mit diesem Wettbewerb soll zum einen das Naturerbe unserer Heimat für nachkommende Generationen geschützt und erhalten und zum anderen das Naturschutz-

engagement bei Bürgerinnen und Bürgern gesteigert werden.

Auch hier wird wiederum deutlich, dass sich im Wettbewerb Projekte qualifizieren und Abschied von einer in der Vergangenheit geförderten Klientel-Politik genommen wird.

Liebe Freunde, das eigentliche Nikolausgeschenk hat Ihnen Umweltminister Uhlenberg mit dem neuen Alleenkalender gemacht.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Sie waren sicherlich genauso wie ich von der Schönheit und Faszination, die von diesen Bildern ausgeht, und von dem Anblick dieser die Landschaft prägenden Baumreihen begeistert. Das von der Opposition oftmals kritisierte 100-Alleen-Programm wird uns über lange Zeiträume nicht nur Motiv für Kalenderbilder sein, sondern tagtäglich zahlreiche Menschen in unserem Land die Schönheiten unserer Natur in vielfältigen Jahreswechseln erlebbar machen. Im kommenden Frühjahr werden wir mit Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes wieder zahlreiche Alleen pflanzen, wofür wir bis 2010 Finanzhilfe zugesagt haben.

Das Geheimnis des Erfolgs dieser Aktion liegt unverkennbar darin, dass wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort die Umwelt verändern und dadurch eine außerordentlich hohe Akzeptanz finden.

Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Umweltpolitik ist die strategische Ausrichtung von Maßnahmen. Mit der Veröffentlichung des Umweltberichts 2006 wurde erstmals eine Grundlage geschaffen, Umweltleistungen, aber auch Notwendigkeiten zu bewerten. Durch die ständige Aktualisierung dieses Umweltberichts werden Ursachen, Gründe und Ziele für den Bürger erkennbar.

(André Stinka [SPD]: Dann müssen Sie einen anderen Bericht haben!)

Aus diesen Erkenntnissen entwickelt sich das Umweltbewusstsein auch bei Ihnen, Herr Stinka, und damit ebenfalls die Akzeptanz für notwendige Maßnahmen in allen Bereichen der Umwelt.

Die Koalitionsfraktionen sind im Gegensatz zu den Oppositionsfraktionen von der Leistungsfähigkeit und auch Leistungskraft unserer Städte und Gemeinden überzeugt. Vor diesem Hintergrund sind wir sicher, dass durch die weitgehende Kommunalisierung der Zuständigkeiten im Umweltrecht Entscheidungen schneller und vor allem ortsnah getroffen werden können.

Dies geschieht vor allem, weil wir Verwaltungswege vereinfachen und damit die Genehmigungsverfahren für die Bürger kürzer und effizienter werden. In der modernen Umgangssprache nennen wir das heute „Zaunprinzip“.

Nordrhein-Westfalen ist eines der leistungsstärksten Bundesländer und das führende Land in der Umwelttechnologie.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Ja!)

Unser ehrgeiziges Ziel ist es, Wirtschaft und Umwelt in einem moderierten Dialogprozess zusammenzuführen. Ziel dieses Dialogs „Umwelt und Wirtschaft“ ist es, gemeinsam Umweltziele zu formulieren und umzusetzen.

Dies gilt insbesondere in den Bereichen Immissionsschutz, Gewässerschutz, Abfall und Bodenschutz sowie für den Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Bereitschaft zur Verbesserung der Umweltqualität eher in gemeinsamen Gesprächen und Vereinbarungen erreicht werden kann, anstatt durch Ordnungsrecht Blockaden herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, meine Redezeit läuft ab. Ich möchte noch kurz auf einige Schwerpunkte eingehen.

Die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft ist ein wichtiges Anliegen. Ziel ist es, Ressourcen zu schonen und bei der Beseitigung von Abfällen die Umwelt zu entlasten. Die folgenlose und umweltverträgliche Beseitigung von Abfällen ist daher ein Kernpunkt unserer neuen Umweltpolitik. Auf der Grundlage des ersten Abfallwirtschaftsplans für Sonderabfälle wollen wir für die nächsten zehn Jahre Entsorgungssicherheit für alle in Nordrhein-Westfalen anfallenden gefährlichen Abfälle gewährleisten.

Die derzeit stattfindende Klimakonferenz auf Bali rückt das Bewusstsein für die Luftqualitätsstandards in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Um auch die ehrgeizigen Ziele unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel zu unterstützen, werden wir unsere Aktivitäten hier verstärken und Luftreinhaltepläne und Aktionspläne in allen Landesteilen aufstellen, in denen es zu Überschreitungen der zulässigen Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxid kommt.

Die neue Landesregierung will Nordrhein-Westfalen zu einer Modellregion für Umweltkompetenz entwickeln, und ich fordere die Oppositionsparteien ausdrücklich auf, uns bei der Umsetzung dieser ehrgeizigen Ziele zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich möchte dem Kollegen Ortgies auch noch Zeit übrig lassen. Wir sehen, dass nach zwei Jahren neuer Landespolitik im Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz in unserem Land ein nie dagewesener Standard erreicht worden ist. Die Koalitionsfraktionen stellen mit dem Haushalt 2008 die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung, um die ehrgeizigen Ziele im Naturschutz, Umwelt- und Verbraucherschutz umzusetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Fasse. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schulze sprach zu Anfang ihrer Rede davon ...

(Lachen von Svenja Schulze [SPD])

– Ja, Frau Schulze, wir sind hier im Plenarsaal – ich höre zu – mit der Möglichkeit von Rede und Gegenrede.

(Beifall von der CDU)

Deswegen gehe ich darauf ein. Das ist nicht nur ein Ablesen von Reden; das unterscheidet uns vielleicht. – Sie beklagen am Anfang Ihrer Rede die Kürzungen, zum Beispiel auch bei den 29er-Verbänden oder im Ehrenamt. Dazu Folgendes:

Wir sehen das Ehrenamt und die Naturschutzverbände, deren Arbeit wir achten, als Teil dieser Gesellschaft – da unterscheiden wir uns grundsätzlich – und nicht wie Sie unter „Naturschutz“ und außerhalb der Sparnotwendigkeiten stehend, wie Sie es mit missionarischem Tunnelblick tun.

Ich will in dem Zusammenhang nicht wieder ansprechen, wie viel Schulden wir von Ihnen übernommen haben, dass Sie dieses Land nicht nur an den, sondern in den finanziellen Ruin getrieben haben. Darüber können wir gerne noch einmal länger diskutieren.

Auch die Verbände müssen wie in anderen Bereichen Sparmaßnahmen ertragen. Aber wir haben etwas Wesentliches dagegen gesetzt, nämlich eine politisch verlässliche Kalkulationsgrundlage über einen langen Zeitraum. Das ist mehr als manche finanzielle Wunderkerze, mehr als ein Langhangeln am Haushaltsplan von Jahr zu Jahr. Das ist ein grundsätzlicher Unterschied.

Der eingeschlagene Konsolidierungskurs der Landesregierung ist ohne Alternative. Wir als FDP unterstützen dies ausdrücklich. Das bedeutet aber nicht, dass wir den Anspruch, hier gestalterisch zu wirken, aufgeben. Frau Kollegin Fasse hat in einer Tour d'Horizon umfassend dargestellt, welche Themen in diesem Haushalt angesprochen wurden, wie seine neuen Zielsetzungen lauten und wo die Schwerpunkte liegen. Dafür, Frau Kollegin, danke ich Ihnen ausdrücklich, dass ich all das nicht schildern muss. Die umfangreiche Darstellung fand ich richtig prima.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist doch ein Leben!)

– Nein, das muss man doch mal sagen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: So einen Koalitionspartner zu haben, finde ich klasse!)

– Herr Kollege Remmel, das ist für Sie natürlich etwas völlig Neues, dass wir als Koalitionsparteien achtungs- und respektvoll miteinander umgehen und die Leistungen akzeptieren.

(Beifall und Lachen von Svenja Schulze [SPD])

Das ist für Sie etwas völlig Neues. Das kann ich nachvollziehen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Staatsschauspieler!)

Deswegen finde ich es auch gut, dass Sie das so darstellen.

Also: Die Menschen wissen, dass SPD und Grüne das Land in eine unangenehme, aus meiner Sicht unverantwortliche Situation gebracht haben.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Der Kollege wollte eine Zwischenfrage stellen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Er hat keine angemeldet, Herr Kollege. Sonst hätte ich Sie schon unterbrochen.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Kollege dazwischenruft. Das macht der nicht; das glaube ich nicht.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Ellerbrock, ich will Sie nicht desillusionieren; aber es könnte sein, dass Sie das gerade erlebt haben.

Holger Ellerbrock (FDP): Oha, dann werde ich nächstes Mal anders reagieren müssen, Frau Präsidentin. Danke für den Hinweis.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Problemkreis, den wir angehen wollen, ist der Verbraucherschutz. Wir als FDP sagen immer: Nur der informierte Bürger ist ein mündiger Bürger. Nur der informierte Verbraucher ist ein mündiger Verbraucher. Wir wollen, dass der Verbraucher auf Augenhöhe mit Produzenten und Handel diskutieren kann, um seine Marktmacht zu nutzen. Dazu gehört für uns eine unabhängige Verbraucherberatung.

Neben anderen Institutionen leisten auch die Verbraucherzentralen einen wesentlichen Beitrag, damit die Verbraucher ihre Marktmacht nutzen können. Wir haben zwar die absolute Summe der Zuwendung für die Verbraucherzentrale auf 8,8 Millionen € reduziert, aber erstmalig politisch verlässlich kalkulierbar abgesichert auf einen Zeitraum für die gesamte Legislaturperiode. Das hat der neue Vorstand der Verbraucherzentrale, Herr Müller, ausdrücklich positiv dargestellt. Das dürfen wir nicht vergessen – darauf sind wir sehr stolz –, dass wir auch die Verbraucherzentrale auf unseren Weg gebracht haben.

Wir wollen die Vereinbarung „Verbraucherschutz gezielt stärken, Informations- und Beratungsangebote für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen sichern!“ zwischen Landesregierung und Verbraucherzentrale NRW mit Leben erfüllen. Darin bekennt sich die Landesregierung zu einer verlässlichen Kalkulationsgrundlage – selbstverständlich vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments, Herr Minister. Das müssen wir natürlich sagen: Die Landesregierung ist Exekutive, dem Parlament nachgeordnet. Ab und an muss ich noch einmal den Parlamentsvorbehalt „vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments“ darstellen.

Die Gespräche mit dem Koalitionspartner zeigen, dass wir hier auf einer vertrauensvollen Basis agieren. Deswegen ist die Festlegung dieser institutionellen Förderung der VZ eine verlässliche Kalkulationsgrundlage. Diese Zusage befreit die Verbraucherzentrale vom politischen Gängelband der Vorgängerregierung. Das muss man mal deutlich sagen, und diese Freiheit, diese Verantwortung schätzt auch die Verbraucherzentrale.

Ehrenamtlicher Naturschutz: Ehrenamtlicher Naturschutz, Frau Kollegin Schulze – da habe ich Ihnen ausdrücklich Beifall gezollt –, ist eine wichtige Aufgabe, die wir hoch achten sollten, und wir

als Koalitionsfraktion achten sie auch hoch. Wir haben uns aber entschieden, noch einen neuen Haushaltsansatz einzubringen, damit die Gruppen des ehrenamtlichen Naturschutzes, die noch nicht in Verbänden organisiert sind, ebenfalls unterstützt werden. Das ist etwas ganz Neues. Wir sind auch stolz darauf, dass wir das so hinbekommen haben; denn hiermit wird auch privates Engagement wirklich unterstützt.

Wie bei den Verbraucherzentralen haben wir auch bei den Biologischen Stationen – zwar auf einem etwas niedrigeren Niveau, aber langfristig verlässlich kalkulierbar und auch hier politisch abgesichert – eine finanzielle Basis geschaffen, die sie früher nicht hatten. Auch dafür sind die Biologischen Stationen dankbar.

Hinsichtlich des Hochwasserschutzes hat Frau Kollegin Fasse schon Ausführungen gemacht. Auch an dieser Stelle zeigt sich die Verlässlichkeit dieser Landesregierung dahin gehend, dass die bereitgestellten Summen längerfristig kalkulierbar sind. Im Übrigen teile ich – wie wir alle in diesem Hause, glaube ich – die Auffassung, dass Hochwasserschutz eines der zentralen Themen ist.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Die Landwirtschaftskammern wollte Rot-Grün herunterfahren, letztendlich abschaffen und durch eine staatliche Agrarverwaltung ersetzen. Nunmehr haben wir es geschafft, die Landwirtschaftskammer, die auch ihren eigenen Restrukturierungsbeitrag leistet, finanziell zu konsolidieren.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass Kammerdirektor Hanebrink dem Ausschuss seine Vorstellungen dargestellt hat – sogar unter Beifall und Zustimmung der SPD. Und da habe ich einen Fehler gemacht. Ich habe nämlich gedacht, diese Zustimmung zu den Restrukturierungsmaßnahmen sei inhaltlich begründet gewesen. In den Haushaltsanträgen werden jetzt weitere Kürzungen gefordert. Dass die Grünen Kürzungen wollen, habe ich erwartet; das ist klar. Aber die SPD? Im Ausschuss zollt sie in Anwesenheit der Kammerangehörigen Beifall und sagt populistisch: Jawohl, das finden wir alles gut. – Wenn es ans harte Tagesgeschäft geht, sagt sie aber: Nein, hier wollen wir Kürzungen. Das ist unehrlich!

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist nicht verlässlich. Aus meiner Sicht ist das schofelig. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass unsere ehemalige Kollegin Irmgard Schmid so etwas jemals mitgemacht hätte. Das kann nicht richtig sein.

Das nächste Thema, das hier emotional hochgekocht wird, ist der Verkauf von Wald. Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW wird einmalig einen Beitrag in Höhe von 21,5 Millionen € zur Haushaltssanierung leisten. Damit wird auch Sinnvolles geschaffen. Auf der anderen Seite erfolgt nämlich der Ankauf von Flächen des Retentionsraums Orsoyer Land. Das ist sicherlich auch eine sinnvolle Verknüpfung zwischen Forstwirtschaft und Hochwasserschutz. Dies zeigt, dass die Abteilungen im Hause nicht nebeneinander tätig sind, sondern gebündelt zusammenarbeiten.

Wir als Fraktionen von FDP und CDU haben aber klargestellt, dass die Erwirtschaftung dieses einmaligen Betrages vorrangig durch den Verkauf von Immobilien, Nebenflächen und Nichtwaldflächen erfolgen soll. Das ist für uns völlig unproblematisch.

Überlegen wir doch nur einmal, was die Aufrengung soll. Über zwei Drittel unseres Waldes sind in Privathand und erfüllen die Wohlfahrtsfunktionen des Waldes auf privater Basis. Für dieses Engagement der privaten Waldbesitzer sollte man hier einfach einmal Dank sagen; denn sie haben diese Leistungen wie selbstverständlich über Jahre und Jahrzehnte erbracht.

(Beifall von FDP und CDU)

An dieser Stelle gebührt natürlich auch der Kollegin Fasse und der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ein Lob und ein Dank.

Meine Damen und Herren, dieses wie selbstverständlich am Gemeinwohl orientierte Engagement der Privatwaldbesitzer habe ich gerne zur Kenntnis genommen. Das finde ich gut.

Dem steht allerdings gegenüber, dass jemand mit dem Namen Dierdorf durch die Gegend stolpert und fern jeder sachlichen Basis vor Ort Emotionen, Misstrauen und Unruhe schürt – wie ich höre, allerdings auch mit zunehmend geringerer Rückendeckung der eigenen Basis. Die Art und Weise, wie das geschieht, zeigt ganz deutlich, dass er sich von einer sachgerechten und sachlichen forstpolitischen Diskussion verabschiedet hat. Ich bedaure das für die Gewerkschaft, die er vertritt; ich bedaure das außerordentlich.

Meine Damen und Herren, die verbleibende Zeit möchte ich später nutzen, um noch auf die Beiträge von Frau Watermann-Krass und – dort, wo wir uns ergänzen können – Herrn Ortgies eingehen zu können. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Remmel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen unser Fazit der Haushaltsberatungen über den Einzelplan 10 – Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – nicht vorenthalten. Ich will Sie auch nicht auf die Folter spannen. Es ist klar: Die Bereiche Umwelt, Naturschutz und Verbraucherschutz haben in Nordrhein-Westfalen, aber auch im Bund Gewicht verloren – und teilweise auch das Gesicht verloren.

(Beifall von den GRÜNEN – Holger Ellerbrock [FDP]: Ach was!)

– Ich mache Ihnen das deutlich, Herr Ellerbrock. Neulich haben wir – Sie wahrscheinlich auch – die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten über uns ergehen lassen. Sie erstreckte sich über 22 Seiten. Auf diesen 22 Seiten finden sich, glaube ich, zwei Sätze, die sich mit Umweltschutz – und dann auch noch mit Klimaschutz – beschäftigen. Zwei ganze Sätze zu zentralen Zukunftsthemen dieses Landes, nämlich Umwelt, Naturschutz und Verbraucherschutz, in einer Halbzeitbilanz – das ist zu wenig, Herr Minister Uhlenberg.

Dies zeigt auch deutlich – das habe ich schon im Ausschuss gesagt; ich wiederhole es hier gerne –, dass das Gewicht der Umweltpolitik am Kabinettschisch, dass Ihr Gewicht deutlich abgenommen hat.

Das lässt sich auch an Zahlen nachvollziehen. 2006 umfasste der Einzelplan 10 noch gut 900 Millionen €. Der Ansatz ist jetzt auf 750 Millionen € gesunken. Über zwei Jahre sind es also gut 15 % weniger. Diese Tendenz wird sich fortsetzen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Die Zahlen steigen!)

Die Umweltpolitik hat also Gewicht verloren, Substanz verloren und damit auch Gesicht verloren.

Und das setzt sich fort. Gestern haben wir über die Reform der Umweltverwaltung diskutiert. Auch dies führt im Ergebnis dazu, dass wir in diesem Land weniger Umweltschutz und weniger Verbraucherschutz haben und dass die Schutzbedürfnisse von Natur und Umwelt sowie der Menschen massiv beeinträchtigt werden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche, Herr Kollege Remmel. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, sehr gerne. Er hätte auch ruhig mal dazwischenrufen können.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege, es muss doch Unterschiede zwischen uns beiden geben. – Könnten Sie bei Ihrer Darstellung der finanziellen Mittel, die wir als Landtag bereitstellen, bitte auch berücksichtigen, dass diese Landesregierung – vielleicht anders als die Vorgängerregierung – den Umweltschutz sicherlich im Umweltministerium verankert, aber gleichzeitig als inzidenten Bestandteil in anderen Ministerien berücksichtigt, sei es im Ministerium für Bauen und Verkehr, sei es im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, und ihn als integralen Bestandteil des Regierungshandelns auffasst? Das ist ein ausgesprochener Vorteil. Ich bitte Sie, dies bei Ihren Ausführungen zu berücksichtigen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich darf, bevor der Kollege Remmel die Gelegenheit zur Beantwortung bekommt, darauf hinweisen, dass die Zwischenfragen kurz zu stellen sind.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Kollege Ellerbrock, wenn es so wäre,

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das ist so!)

dann wäre ich der Erste, der sagen würde: Prima, ihr habt das als Querschnittsaufgabe verankert.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Dann sagen Sie es doch!)

Stattdessen zerhacken, zerpulvern und zerstreuen Sie die Umweltpolitik in alle Ressorts, und dort versickert sie dann bis zum Nullstand.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist nicht das, was wir in diesem Land wollen, sondern wir wollen, dass die Umweltpolitik die Zukunft maßgeblich mitbestimmt.

Eine solche Zukunftsfrage ist bisher unter der Überschrift „Nachhaltigkeit“ diskutiert worden. Nachhaltigkeit kommt sowohl in den Reden des Ministers als auch im Einzelplan nicht mehr vor. Sie haben das komplett zusammengestrichen. Im Konzert der Bundesländer spielt Nordrhein-Westfalen in der Nachhaltigkeitsstrategie überhaupt keine Rolle mehr. Wir haben uns völlig ausgeklinkt. Im Zusammenhang mit dem Thema

Nachhaltigkeit haben wir keine Zukunft, meine Damen und Herren.

Letztlich – das wird auch an diesem Einzelplan deutlich – hat die Ideologie, die im Koalitionsvertrag niedergeschrieben worden ist, „Privat vor Staat“ auch vor dem Umweltschutz keinen Halt gemacht. Stichworte sind hier die beabsichtigte Privatisierung der Lebensmittelkontrolle, die Privatisierungsbemühungen im Bereich Abfall, also die Tendenz, grau in gelb zu tun und die Kommunen aus dem Geschäft zu bringen, und die Absicht, im Bereich der Abwasserkanäle zu Privatisierungen zu kommen. Das ist Ihre Politik. Hier setzt sich in der Tat die FDP durch, zwar nicht sofort, aber auf den Schienen, die diese Politik vorschreibt, und an der absehbaren Tendenz, die Privatisierung des Staatswaldes und des Landesbetriebes weiter voranzutreiben, wird das sehr deutlich.

Die Umweltschutzverwaltung in diesem Land – wir haben gestern ausführlich darüber diskutiert – ist im Trend. Auch hier gibt es Anzeichen dafür, dass bestimmte Teile privatisiert und in wesentlichen zentralen Schutzfunktionen Aufgaben abgeschafft bzw. minimiert werden sollen, worunter letztlich die Menschen und die Umwelt leiden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da hilft es nichts, an dieser Stelle lauthals durchs Land zu rufen: Wir haben aber die biologischen Stationen und die Verbraucherzentralen gesichert! Und dann lässt man sich auch noch dafür feiern, dass man sozusagen unambitioniert auf dem geradezu niedrigsten Niveau einen Standard absichert. Das ist ungefähr so, als wenn jemand Oberkante Unterlippe im Wasser steht und man ihm sagt: Diesen Zustand halten wir noch bis zum Ende der Legislatur. Wir lassen dich nicht absaufen, aber wir sorgen auch nicht dafür, dass etwas Wasser abgelassen wird. – Das ist unambitioniert in der Verbraucherschutzpolitik und in der Naturschutzpolitik. Stattdessen müssten Sie Perspektiven entwickeln. Diese fehlen jedoch an dieser Stelle völlig.

Statt den Verbraucherschutz auszubauen, kürzen Sie. Sie haben die Mittel für die Verbraucherzentrale gekürzt und bis heute nicht das umgesetzt, was Sie angekündigt haben, nämlich 300 neue Lebensmittelkontrolleure. Stattdessen setzen Sie auf die Agenda Hilfskontrolleure, von denen aber noch niemand eingestellt ist.

Auch die Landwirtschaft ist ein Beispiel für verpasste Chancen. Landauf, landab wird darüber diskutiert, dass wir in Nordrhein-Westfalen, aber auch in der Bundesrepublik den Boom, den es im Biobereich gibt, aus eigener Produktion überhaupt

nicht befriedigen können. Das wäre doch die Chance für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Stattdessen wird gerade dieser Bereich nicht ausgebaut, sondern sogar noch beeinträchtigt und die Mittel hierfür gekürzt.

Hier liegen die Chancen der Zukunft: für Natur und Umwelt, aber auch für Arbeitsplätze und Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Diese Landesregierung glänzt allerdings durch Versäumnisse und Nichtstun in diesem Bereich.

Frau Schulze hat bereits das Ehrenamt angesprochen. Wir kritisieren ja nicht, dass alle Einzelpläne zur Konsolidierung des Haushaltes beitragen müssen – das ist selbstverständlich –, aber wir kritisieren, dass das Ehrenamt in diesem Land von dieser Landesregierung unterschiedlich gewichtet wird. Es gibt das Ehrenamt des Sportes und vor allem das Ehrenamt im Bereich der Kultur, was man feiert und unterstützt. Aber in den Bereichen Umwelt und Naturschutz setzt man Kürzungen bei Projekten und institutioneller Förderung an. Das zeigt, dass es eine ideologisch motivierte Kürzung ist, eine Haushaltskonsolidierung auf Kosten des Ehrenamtes im Bereich Umwelt und Naturschutz.

Ich komme zum Thema Wald. Systematisch über den Zeitraum von zweieinhalb Jahren wird der Ausverkauf des Staatswaldes betrieben.

(Zuruf von der CDU)

– Was bedeutet es denn sonst, wenn man im Haushalt für Waldverkäufe 29 Millionen € ansetzt und man solche Verträge wie die Waldverkaufsverträge nach Kyrrill abschließt?

(Zuruf von der CDU)

Auf diesen Sachverhalt kommen wir noch zurück, Verträge bis 2014 abzuschließen, dann den Landesbesitz für Privates in Deckung zu geben und damit gleichzeitig die Sägeindustrie in Nordrhein-Westfalen in die Nähe des Ruins zu treiben.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Das ist ein starkes Stück von einer Regierung, die angetreten ist, kleine und mittlere Betriebe zu fördern und gerade im ländlichen Raum Strukturen zu stärken. Da tun Sie genau das Gegenteil. Die Möglichkeiten, die das Land für die privaten Waldbesitzer und für den Staatswald bieten könnte, nehmen Sie weg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie gehen in der Tendenz hin zur Privatisierung. In diesem Landeshaushalt ist es symbolisch der Verkauf des Waldes. 29 Millionen € stehen dafür

im Haushalt. Das sind immer 3 bis 5 % der gesamten Staatswaldfläche, die verkauft werden sollen.

Nun haben Sie es etwas kaschiert und kosmetisch bereinigt, indem Sie in den Haushalt eingeführt haben, dass Liegenschaften und Grundstücke verkauft werden sollen. Ich fordere den Minister hier und heute auf, uns zu benennen, welche Liegenschaften und welche Grundstücke er verkaufen will, damit wir das bis zur dritten Lesung klären können. Wir wollen eine Liste über die Liegenschaften und Grundstücke, die Sie zum Verkauf anbieten. Nach unserem Kenntnisstand gibt es nichts, das für 30 Millionen € zu veräußern wäre.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Dann regen Sie sich doch nicht auf!)

– Zeigen Sie uns das, legen Sie uns die Listen vor!

(Minister Eckhard Uhlenberg: Ich gebe Ihnen gar nichts!)

– Das ist typisch für diese Landesregierung, dass sie das Parlament nicht ausreichend informiert und den Regierungsfractionen die Möglichkeit zur Schauspielerei und zur Verschleierung gibt. Sie müssen offenlegen, wo Sie die 30 Millionen € herbekommen wollen. Bisher war beabsichtigt, Staatswald zu verkaufen, jetzt wird das mit Liegenschaften kaschiert. Nennen Sie uns die Grundstücke, die Liegenschaften, die Sie veräußern wollen, und das für 30 Millionen €! Ich glaube, das ist eine Luftbuchung

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und eine Beruhigung der Kolleginnen und Kollegen innerhalb der CDU, die den Staatswaldverkauf im Grunde ihres Herzens eigentlich überhaupt nicht wollen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Rimmel, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Pick. Würden Sie die genehmigen?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Sehr gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Herr Pick, Sie haben das Wort.

Clemens Pick (CDU): Herr Kollege Rimmel, die Kampagne „Waldverkauf“ ist unter anderem von Ihrer Fraktion mit betrieben worden. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass der Haushalts- und Finanzausschuss die deutliche Empfehlung ausspricht, die heute zur Debatte steht, dass der Staatswald

nicht verkauft werden soll, dass vordergründig Immobilien und nicht Waldflächen zum Verkauf kommen sollen? Nehmen Sie des Weiteren zur Kenntnis, dass Sie dem Land Nordrhein-Westfalen schaden, wenn Sie Flächen in die Diskussion einbringen, die dann, wenn alles so realisiert wird, wie Sie sagen, weit unter dem Wert liegen, die unser Wald an Wert hat?

(Beifall von der CDU)

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Pick, Sie wissen, dass wir in diesem Bereich auch einmal Verantwortung hatten. Auch damals gab es schon Ambitionen des Finanzministers, Wald und Liegenschaften zu verkaufen. Uns ist die Substanz noch sehr gut in Erinnerung. Wenn Sie 30 Millionen € aus Liegenschaften Erlösen wollen, dann müssen irgendwelche Schätze vergraben sein, die weder das Parlament noch Sie noch ich kennen. Legen Sie die Schätze doch offen, wenn es sie gibt!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, diese Operation dient lediglich dazu, den Druck, der bei Ihnen in der Fraktion herrscht, etwas wegzunehmen. Sie müssen sich nämlich im Land dafür verantworten, dass unser Wald verschербelt werden soll. Das wollen, glaube ich, weder Sie noch Frau Fasse, aber Sie müssen ja heute dem Gesamthaushalt zustimmen. Deshalb nimmt man an der einen oder anderen Stelle eine kosmetische Operation vor.

(Clemens Pick [CDU]: Die Summen stehen im Landeswaldbericht zu Ihrer Kenntnisnahme!)

– Dann warten wir gespannt auf einen Bericht. Ich hoffe, dass uns der Umweltminister diesen bis zur dritten Lesung vorlegen kann.

Was im Landeshaushalt und auch bei den Debattenbeiträgen der Vertreter der Regierungskoalition fehlt, sind Linien für die großen Zukunftsszenen im Bereich Umwelt und Verbraucherschutz für dieses Land. Der Klimaschutz und die Frage des Umgangs mit Klimafolgen ist ein zentrales Thema. Nun hat der Umweltminister 10 Millionen € dafür bekommen, und wir haben einen Bericht erhalten, was dort passieren soll. Große Linien oder Konzeptionelles sind dem aber nicht zu entnehmen. 10 Millionen € sind gar nicht so einfach zu bewirtschaften.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Sie würden schnell damit fertig!)

Sie müssen sich schon ein paar mehr Gedanken machen als das, was Sie uns bisher an der Stelle vorgelegt haben.

Zum Thema Material- und Ressourceneffizienz gab es heute Morgen eine Meldung in der Zeitung: Die Wachstumsraten in der Umweltschutztechnologiebranche liegen bei 20 bis 25 %. Wenn Manna vom Himmel regnet, muss man doch die Löffel raushalten. Dann ist es Zeit, politisch aktiv zu werden. Von der Landesregierung kommt in diesem Bereich aber nichts. Stattdessen wird das Wenige, was im Haushalt steht, auch noch gekürzt.

(Beifall von der SPD)

Umwelt und Gesundheit ist ein wichtiges Thema in den Bereichen Trinkwasser, Wasser, Luft und Lärm. Demnächst liegen die Lärmkartierungen vor. Wir haben die aktuellen Diskussionen über Feinstaub im Ruhrgebiet, aber auch an anderen Stellen. Ab 2009, 2010 werden intensive Debatten über Stickoxide stattfinden. Wo sind die Konzeptionen? Wo sind die finanziellen Rahmenbedingungen, um den Kommunen bei entsprechenden Konzepten, die absolut notwendig sind, zu helfen?

Wo ist die Perspektive im Verbraucherschutz? Es reicht nicht, nur den Status quo abzusichern, wenn wir wissen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Markt auf gleicher Augenhöhe mit anderen Marktteilnehmern – der Wirtschaft, dem Handel, den Unternehmen – stehen müssen. Man muss die Verbraucherinnen und Verbraucher stärken, da gerade der Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes – Stichwort: Telefonwerbung, eines von vielen Stichwörtern – immer wichtiger und interessanter wird. Hier müsste es zu Zuwachs, zu Aufbau, zu neuen Strukturen kommen. Auch da Fehlanzeige bei dieser Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Kreis schließt sich, das Fazit bleibt: Im Bereich Umwelt und Verbraucherschutz, im Bereich Naturschutz hat die Landesregierung deutlich an Gewicht verloren und leider auch kein Gesicht mehr. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Rimmel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin in der Tat mit einer gewissen Anspannung und gespannt in die Debatte zum Haushaltsplan 2008 gegangen, weil ich mir die Frage gestellt habe: Welche konkreten Beiträge leistet die Opposition in diesem Jahr für den Haushaltsplan 2008? Im Ausschuss habe ich nichts gehört. Dann habe ich gedacht, es kommt heute etwas im Plenum, die Opposition nutzt die Chance, um sowohl in finanzieller wie auch in politischer Hinsicht Alternativen aufzuzeigen. Aber Fehlanzeige, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Wir hatten in den vergangenen Jahren immer die Diskussion – an dem Strohalm konnten Sie sich festhalten – über die Förderung der Biostationen und der Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen. Darüber haben wir uns stundenlang unterhalten. Das ist gelöst.

(Widerspruch von Svenja Schulze [SPD])

Das Thema haben Sie nicht mehr. Und deswegen, Frau Abgeordnete Schulze: Von Ihnen kommt keine inhaltliche Perspektive, auch nicht in irgendeiner Form in Zahlen gegossen.

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist Ihre Aufgabe!)

Das, was uns der empörungspolitische Sprecher der Grünen, Herr Abgeordneter Rimmel, heute wieder geboten hat, war ein schlechtes Bild auf der ganzen Linie. Überall geht es bergab. Bei den Gedanken, die Sie tragen, was die Umwelt und den Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen angeht, müssen Sie ja schlaflose Nächte haben. Das tut mir leid. Aber, meine Damen und Herren, die Situation ist eine andere.

Eines möchte ich auch noch sagen: Als Umweltminister bekenne ich mich zu einer Politik der Landesregierung, die Haushaltskonsolidierung heißt.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist, meine Damen und Herren, auch eine Politik der Nachhaltigkeit, dass es der Landesregierung gelungen ist, Nordrhein-Westfalen in finanzpolitischer Hinsicht wieder eine Perspektive zu geben. Dass wir es in wenigen Jahren geschafft haben werden, keine neuen Schulden machen zu müssen, das ist ein Verdienst.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist eine Politik der Nachhaltigkeit für künftige Generationen. Bei Ihnen lag die Nettoneuverschuldung bei 7 Milliar-

den € pro Jahr. Wir haben sie deutlich gesenkt. Dazu haben viele Fachminister ihren Beitrag geleistet. Darauf bin ich stolz, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Ich bin aber auch stolz darauf, dass wir im Hinblick auf den Haushaltsplan 2008 alle notwendigen Maßnahmen finanzieren können.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Wir schmeißen das Geld nicht mit vollen Händen raus, wie Sie das gemacht haben. Das ist richtig. Wir gehen nachhaltig damit um.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Widerlich!)

Dass dieser Umweltminister, getragen von den Koalitionsfraktionen, in der Lage ist, alle wesentlichen Maßnahmen in den Bereichen der Umweltpolitik, der Verbraucherschutzpolitik, der Agrarpolitik, der Wasserpolitik zu finanzieren, ist mehr als erfreulich. Wir sind in der Lage, alle Finanzmittel aufzubringen, um die europäischen Programme, das Programm „Ländlicher Raum“ entsprechend mitzufinanzieren. Für diese Unterstützung möchte ich mich beim Finanzminister und bei den Kolleginnen und Kollegen von der Landtagsfraktion sehr herzlich bedanken.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir geben mehr Geld für den Naturschutz aus. Wir geben nicht weniger aus. Wir geben im Jahr 2008 auch nicht weniger für Umweltschutz aus, sondern wir geben wieder mehr aus. Wir geben alleine 311.000 € auf Antrag der Koalitionsfraktionen mehr aus für den ehrenamtlichen Naturschutz. Wir haben immer gesagt: Gerade im Bereich Naturschutz wollen wir das Ehrenamt stärken.

(Beifall von der FDP)

Das sind die jungen Leute, die draußen tätig sind. Nach dieser schwierigen Phase der Konsolidierung – Sie wissen gar nicht, wie Konsolidierung geschrieben wird, Herr Abgeordneter Rimmel, deswegen würde ich mich dazu gar nicht äußern – sind wir jetzt wieder in der Lage, für diesen Bereich mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Im Bereich Hochwasserschutz sind wir in der Lage, auf die großen Herausforderungen, die wir durch den Klimawandel haben, finanziell zu reagieren. Wir haben ein ehrgeiziges Programm für den Hochwasserschutz bis zum Jahr 2015 in einer Größenordnung von 1,3 Milliarden € auf den Weg gebracht.

Das gilt für unsere Biomassestrategie, und das gilt natürlich auch für das konkrete Thema Klimapolitik. Meine Damen und Herren, in diesem Plenarsaal hat in diesem Jahr die große Umweltministerkonferenz Deutschlands stattgefunden. Hier in diesem Plenarsaal sind die Grundsätze für eine ehrgeizige Klimapolitik in Deutschland auf den Weg gebracht worden. Das, was auf Vorschlag von Angela Merkel europaweit klimapolitisch auf den Weg gebracht worden ist, ist unter meinem Vorsitz hier im Rahmen der Umweltministerkonferenz konkret in Maßnahmen gegossen worden, die jetzt in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland von allen Umweltministern umgesetzt werden.

Ich komme – da liegt die besondere Zuständigkeit meines Hauses – zum Thema Klimafolgenabschätzung: Ich bin stolz darauf und bedanke mich dafür, dass wir jetzt 10 Millionen € für diesen Bereich bekommen haben. Das betrifft die Klimafolgenabschätzung in drei wichtigen Bereichen der Landespolitik: beim Hochwasserschutz, in der Forstwirtschaft und in der Landwirtschaft. Der Ausschuss bekommt einen umfangreichen Bericht. Ich muss jetzt erst einmal abwarten, ob der Haushaltsplan in dieser Form verabschiedet wird. Wir werden alle Informationen dem Ausschuss zur Verfügung stellen, die er braucht und die notwendig sind.

Ich bin dankbar, dass Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland in der Lage ist – da liegen wir im Vergleich mit allen anderen Ländern weit vorn, und unter Rot-Grün hat es eine solche Politik nicht gegeben –, sich mit den Fragen des Klimawandels und der Klimafolgenabschätzung nicht nur verbal in irgendwelchen Papieren zu beschäftigen, sondern dies konkret umzusetzen.

Der Abgeordnete Rimmel hat Fragen der Agrarpolitik, der Landwirtschaftspolitik angesprochen. Herr Rimmel, ich rate Ihnen, einmal mit den Landwirten und nicht über die Landwirte zu reden.

(Beifall von der CDU)

Viele Kollegen waren vor zwei Tagen auf der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer. Früher war es traditionell so, dass dort – mit Ausnahme der Grünen, die dort nie erschienen sind, weil sie die Landwirtschaftskammer platt machen, das heißt verstaatlichen wollten – alle Fraktionen dort vertreten waren. Man konnte sich ein realistisches Bild über die derzeitige Situation der 50.000 landwirtschaftlichen Betriebe machen, die wir in Nordrhein-Westfalen haben.

Diesmal war es wieder Fehlanzeige. Dass Sie da nicht hinkommen, weil Sie bei dem Thema ein

schlechtes Gewissen haben, das ist mir klar. Aber dass die Sozialdemokraten dort auch nicht vertreten waren, das hat mich schon enttäuscht.

(Svenja Schulze [SPD]: Sind Sie der Terminkoordinator?)

Meine Damen und Herren, was das Thema Landwirtschaft angeht, haben wir wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Das Emissionschutzrecht ist auf den Weg gebracht worden. In der Landwirtschaft wird wieder investiert. Es wird in die konventionelle Landwirtschaft investiert. Es wird auch in die Biolandwirtschaft investiert. Ich sage auch: Die Biolandwirtschaft hat eine besondere Konkurrenzsituation heute durch das Thema nachwachsende Rohstoffe. Das heißt, es gibt wieder eine Flächennachfrage.

Die Debatte über Milchseen und Getreideberge ist vorbei. Die Landwirtschaft kämpft wieder um Flächen. Deswegen hat es die Biolandwirtschaft trotz steigender Nachfrage nicht einfach. Wir haben aber das, was wir landespolitisch machen können, auf den Weg gebracht. Wir haben die Fördersätze in Nordrhein-Westfalen nicht verringert wie die anderen Bundesländer. Wir befinden uns dort im Schnitt aller anderen Bundesländer. Von daher fördern wir die Landwirtschaft durch gute Rahmenbedingungen, und wir fördern die Biolandwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, insbesondere auch finanziell.

Ich bin mit all diesen Verbänden permanent im Gespräch, während es bei der früheren Landesregierung üblich war, dass man mit bestimmten Verbänden erst gar nicht gesprochen hat oder zu bestimmten Veranstaltungen, die ideologisch nicht in den Kram passten, nicht hingegangen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stinka?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Stinka.

André Stinka (SPD): Herr Minister, Sie haben gerade ausgeführt, dass die Biolandwirtschaft auch ein Bereich ist, der große Chancen hat, der ganz stark durch den Anbau von Energiepflanzen betroffen ist. Können Sie einmal den Unterschied

darlegen, warum gerade der Teil eine Problemlage im Bereich von Biopflanzen hat und der konventionelle Anbau ausgenommen ist? Sie haben ja gesagt, dass gerade die Biobranche darunter leiden würde, wenn Flächen fehlen.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Stinka, ich habe auf die Konkurrenzsituation hingewiesen, die sich für die Biolandwirtschaft heute stellt, was früher anders war. Vor einigen Jahren waren die Themen Bioenergie, Biogasanlagen noch kein Thema. Wir hatten damals diese Konkurrenzsituation nicht.

Sie sind aus dem Kreis Coesfeld. Sie müssten eigentlich die Agrarstruktur im Kreis Coesfeld kennen. Betriebe, die intensiv im Veredlungsbereich tätig sind, bauen eher eine Biogasanlage zu ihrer Veredlung, als dass sie auf Biolandwirtschaft umstellen. Und diese Situation haben wir in vielen Bereichen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Das geht zulasten der Biolandwirtschaft. Aber, meine Damen und Herren, das kann durch staatliche Maßnahmen nicht alles wettgemacht werden.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte noch erwähnen, dass wir bei den Ziel-2-Mitteln die Dinge auf den Weg gebracht haben.

Ich bin stolz darauf, mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen die Landesgartenschauen 2008 in Rietberg und 2010 in Hemer finanziert zu bekommen.

(Beifall von Marie-Luise Fasse [CDU])

Ich freue mich – Frau Abgeordnete Fasse hat darauf hingewiesen – auf die Leaderregionen. In diesen Tagen sind zehn attraktive Leaderregionen ausgewiesen worden. Ich freue mich, dass wir das Kleingartenwesen in Nordrhein-Westfalen finanziell und politisch unterstützt haben. Wir haben beim nachhaltigen Wirtschaften die Umweltbildung verstärkt. Wir haben die sehr umstrittene Stiftung Umwelt und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen finanziell konsolidiert: Sie wird neu aufgestellt. Ideologische Altlasten bei der inhaltlichen Arbeit gibt es in Zukunft nicht mehr. Aber sie ist finanziell konsolidiert.

Wir haben ein 100-Alleen-Programm auf den Weg gebracht. Das Thema Naturparke hat in Nordrhein-Westfalen einen höheren Stellenwert als früher bekommen. Die Naturparke werden aufgerüstet; sie sind für die 18 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung.

Wir haben die Zuweisung für die Zweckverbände bei der Altlastensanierung erhöht, wobei ich sage: Ich bin nach wie vor enttäuscht über den Beitrag der nordrhein-westfälischen Wirtschaft bei der Altlastensanierung.

(Beifall von CDU und FDP)

Gerade vor dem Hintergrund der Flächenkonkurrenzen müssen wir viel mehr leisten. Wir wollen weniger Flächen verbrauchen. Wir machen den Pakt für die Fläche in Nordrhein-Westfalen. Aber das bedeutet auch, dass Flächen, die verseucht sind und nicht mehr gebraucht werden, wieder einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Für mich kann das Industriewald oder auch eine erneute Bebauung sein. Aber das heißt natürlich auch, dass der Altlastenfonds stärker finanziell ausgestattet werden muss. Wir haben die Mittel vonseiten des Landes im Rahmen unserer Möglichkeiten erhöht.

(Beifall von der FDP)

Die Industrie leistet noch nicht den notwendigen Beitrag; was sie zurzeit leistet, kann sie wirklich aus der Portokasse bezahlen. Die Gespräche sind sehr schwierig. Ich sage das in aller Offenheit, weil mich dieses Thema sehr beschäftigt.

Wir haben den Natur- und Gewässerausbau in Nordrhein-Westfalen vorangetrieben. Wir sind jetzt dabei, die Luftqualitätsrichtlinie der Europäischen Union mit großer Intensität umzusetzen. Zum 1. Januar wird die erste Umweltzone in Köln eingerichtet. Wir arbeiten sehr ehrgeizig an den anderen Maßnahmen, insbesondere auch im Ruhrgebiet.

Seien Sie alle ganz gelassen und beruhigt: Im Gegensatz zu Ihnen nehmen wir natürlich dabei die Menschen mit. Davon sind viele Menschen betroffen, die ein kleines Einkommen haben, und die wollen wir nicht verschrecken. Aber die Luftqualität in Nordrhein-Westfalen muss besser werden. Dazu wird diese Landesregierung auch im kommunalen Bereich gemeinsam mit den Kommunen ihren Beitrag leisten wie beim Thema Umgebungsärmrichtlinie.

(Beifall von Marie-Luise Fasse [CDU])

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Remmel.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Selbstverständlich.

Präsidentin Regina van Dinter: Bitte schön, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für die Möglichkeit zur Nachfrage. Sie haben eben eindrücklich auf das Defizit hingewiesen und gesagt, dass die Wirtschaft für die Altlastensanierung im Zusammenhang mit AVV zu wenig beiträgt. Das teile ich. Welche Idee hätten Sie denn, die Wirtschaft zu mehr Beiträgen zu bewegen – jenseits von guten Worten und Geschenken, die Sie normalerweise im Rahmen des Dialogs Umwelt und Wirtschaft verteilen?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Remmel, der Unterschied zwischen Ihnen und mir besteht darin, dass Sie schon wieder mit einem neuen Gesetz und einer neuen Verordnung gekommen wären. Das ist für mich das letzte Mittel. Ich setze zunächst auf die weiteren Gespräche, die zurzeit anlaufen.

(Beifall von Marie-Luise Fasse [CDU] – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Meine Damen und Herren, wir sind dabei, das Thema Blauzungenkrankheit aufzuarbeiten. Wir brauchen hierfür mehr Geld vom Finanzminister. Ich bedanke mich, dass er uns 4,7 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stellt. Ich hoffe, dass es im Frühjahr 2008 einen entsprechenden Impfstoff gibt. Hunderttausende Schafe sind verendet. Das ist ein Riesenproblem. Bei den Rindviehbetrieben brauchen wir diesen Impfstoff auch. Ich hoffe wirklich, dass er im Frühjahr 2008 zur Verfügung steht.

Zu den Themen Verwaltungsstrukturreform, Landschaftsgesetz, Landeswassergesetz und zur Forstreform, die in Nordrhein-Westfalen greift, sage ich: Das war ein arbeitsreiches Jahr.

Das Thema Waldverkauf, wie Sie es immer bezeichnen, muss offensichtlich als Nachfolgethema für Verbraucherzentralen erhalten, mit denen wir uns früher stundenlang beschäftigt haben. Wir werden auch das eigenverantwortlich und verantwortllich lösen, meine Damen und Herren.

Ich bin froh darüber, dass wir jetzt gerade 550 ha Flächen kaufen konnten, um dem Rhein mehr Platz zu geben, um Hochwasserschutz und Renaturierung in Nordrhein-Westfalen voranzutreiben. Auch in den vergangenen Jahren sind immer Flächen verkauft, aber auch gekauft worden. Wir haben auch Flächen für den Hochwasserschutz gekauft. Das ist wichtig. Das hat politische Priorität. Ich schätze den Antrag der Koalitionsfraktionen

sehr, sich beim Thema Flächenverkauf zunächst einmal auf Immobilien und solche Flächen zu konzentrieren.

Völlig richtig ist, was Frau Abgeordnete Fasse gesagt hat: Zwei Drittel des nordrhein-westfälischen Waldes sind Privatwald. Wenn Sie einen künstlichen Gegensatz zwischen Privatwald auf der einen und Staatswald auf der anderen Seite herstellen – nach dem Motto: im Staatswald ist die Welt in Ordnung, und im Privatwald wird die Nachhaltigkeit nicht berücksichtigt –, will ich die 140.000 nordrhein-westfälischen Waldbauern in Schutz nehmen. So ist das nicht. Aber wir werden auch mit dieser Frage sehr sorgfältig umgehen.

Noch einmal: In Zeiten, in denen diese Landesregierung dabei ist, dieses Land finanziell zu konsolidieren, ist es schwieriger, Landespolitik zu betreiben, als in einer Zeit, als Sie durchs Land gegangen sind und das Geld mit vollen Händen ausgegeben haben, ohne die Frage der finanziellen Nachhaltigkeit nur einmal auf den Prüfstand zu stellen.

(Svenja Schulze [SPD]: Unverschämtheit! So war das nicht! – Weiterer Widerspruch von der SPD)

Ich bekenne mich auch in dieser Frage dazu, dass Gespräche schwierig sind und dass auch schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen. Aber ich kann Ihnen heute sagen: Wir versuchen, den Waldanteil, der gegebenenfalls verkauft werden muss – was wir heute noch nicht wissen, aber ich will Ihnen das Thema gar nicht wegnehmen, meine Damen und Herren –, möglichst gering zu halten und den Betrag, den wir dem Finanzminister erbringen sollen, durch andere Maßnahmen oder durch andere Flächen zu erbringen.

Ich darf mich bei den Koalitionsfraktionen herzlich für die politische Unterstützung bedanken. Ich darf mich herzlich bei der Opposition für ihre kritische Begleitung bedanken. Auch das gehört zur Parlamentsarbeit. Aber es macht natürlich immer dann besonders viel Freude, wenn Beiträge geleistet werden, die sowohl von ihrer politischen als auch von ihrer finanzpolitischen Struktur wichtige Hinweise für die Arbeit in Nordrhein-Westfalen geben. Bei der Opposition war so etwas bedauerlicherweise heute nicht der Fall, sondern es gab nur ein permanentes Lamento.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Nein, nein, nein! Wir haben Anträge dazu gestellt!)

Trotzdem vielen Dank für Ihre Beiträge. Ich denke, dass wir mit diesem Haushaltsplan 2008 eine

gute Grundlage haben, eine aktive Umweltpolitik, eine nachhaltige Verbraucherschutzpolitik und eine gute Agrarpolitik, kombiniert mit einem guten Ansatz beim Hochwasserschutz, im Jahre 2008 in Nordrhein-Westfalen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auf den Weg zu bringen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. – Für die SPD spricht nun die Kollegin Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gehe gerne noch einmal darauf ein, wie konstruktiv wir auch Ihre Arbeit begleiten, Herr Uhlenberg. Wir haben im Gegensatz zu CDU und FDP Anträge zur Haushaltsberatung eingebracht. Die bezogen sich im Konkreten darauf, dass wir mehr Geld für Umweltstiftung und Naturschutzverbände haben möchten. Wir haben in den Beratungen klargestellt, dass wir dabei das Ehrenamt stützen möchten. Das, was jetzt im HFA auf dem Tisch liegt, wo die CDU Nachbesserungen fordert, kann man hier heute gar nicht diskutieren, weil uns nicht klar ist, was damit im Einzelnen gemeint ist.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte auf zwei Bereiche näher eingehen, die sich seit Beginn der schwarz-gelben Regierungszeit deutlich geändert haben und auch im Haushalt 08 zum Ausdruck kommen. Das betrifft natürlich die Forst- und Landwirtschaftspolitik. Die Politik, die Sie in diesem Bereich machen, ist weder zukunftsweisend noch nachhaltig.

Zur Forstpolitik! In diesem Jahr ist die Forstreform umgesetzt worden. Von den 35 Forstämtern zu Jahresbeginn sind mit dem Nationalpark noch 16 Ämter geblieben. Die Forstbezirke sind vergrößert worden, und 170 Stellen sind in der Forstverwaltung weggefallen oder fallen weg. Und das alles trotz des Kyrill-Schadens, bei dem über alle Maßen jede helfende Hand gebraucht wurde und auch in den nächsten Jahren noch gebraucht wird, und trotz zunehmend steigender Bedeutung des Rohstoffes Holz für unser Land Nordrhein-Westfalen!

Von Anfang an haben Sie dazu beigetragen, dass der Landesbetrieb unterfinanziert ist. Im ersten Jahr Ihrer Verantwortung waren es 5 Millionen €. Bis 2010 wollen Sie den Etat insgesamt um 11 Millionen € absenken.

Herr Uhlenberg, es wäre gut, wenn Sie die Zukunft des Landesbetriebes Wald und Holz darstellen könnten. Wie viel staatliche Verwaltung wollen Sie in der Zukunft bei der Umstellung von der indirekten auf die direkte Förderung?

(Beifall von der SPD)

Im Entwurf des Haushaltes waren 29 Millionen € für den Verkauf des Staatswaldes vorgesehen, was einer Fläche von mindestens 6.000 ha entspricht. Etliche Proteste – wie vom Bund Deutscher Forstleute, den Naturschutzverbänden und der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald – haben ihre Wirkung gezeigt. Jetzt liegt die Änderung vor. Dabei wird nicht die Summe geändert, sondern die Erläuterung. Zu lesen ist jetzt: Der Finanzbedarf wird vorrangig durch den Verkauf von Immobilien, Nichtholzböden und Nebenflächen aus dem Sondervermögen des Landesbetriebes Wald und Holz gedeckt. – Aber was passiert, wenn dieses zeitnah und in dieser Höhe nicht erreicht wird? Steht dann der Verkauf des Staatswaldes wieder an? Oder ist der Verkauf des Waldes für das nächste Haushaltsjahr vorgesehen? Da kann ich meinen Kollegen Remmel nur unterstützen: Wir erwarten zur dritten Lesung wirklich eine Auflistung, damit wir uns darüber ein Urteil bilden können.

Dieser Geist von „Privat vor Staat“ und die gravierenden Einschnitte bei der Forstverwaltung sind für uns keine nachhaltige Forstpolitik; denn gerade der Wald spielt eine große Rolle bei den Herausforderungen der Zukunft. Holz ist ein wichtiger Rohstoff, der in der Wertstoffkette noch weiter erschlossen werden sollte. Der Wald ist wichtig zur Bewältigung des Klimawandels und braucht auch einen klimaverträglichen Umbau. Das sind alles Bereiche, die eine funktionierende Forstverwaltung voraussetzen.

Darüber hinaus ist der Wald für die 18 Millionen Menschen im Land Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Erholungs- und Erlebnisraum und für die Kinder ein Ort, an dem bis heute eine nachhaltige Waldpädagogik stattfindet. Dieser Bereich scheint vor allem bedroht, wenn diese Reform nur nach Personaleinsparung vorgenommen wird.

Noch ein Wort zu den Ausführungen von Herrn Ellerbrock. Ein Dank an Herrn Dierdorf vom Bund Deutscher Forstleute, der hier eben von Ihnen, Herr Ellerbrock, kritisiert wurde! Ich bin außerordentlich dankbar, dass Herr Dierdorf für den BDF, für die Interessen des Waldes in dieser Art und Weise die Dinge benannt und dafür gekämpft hat, dass dieses Potenzial für das Land Nordrhein-Westfalen weiter in den Blick genommen wird. Ich

bedauere es außerordentlich, dass er sein Amt zum Ende dieses Jahres niederlegen wird, weil er in der Forstverwaltung nicht weiterbeschäftigt wird.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich komme zum zweiten Punkt. Auch in der Landwirtschaftspolitik zeigt sich in den Ausführungen für den Landeshaushalt 08, dass diese Regierung nicht zukunftsfähig ist. Sie hält krampfhaft an alten Strukturen fest und ist nicht bereit, die Agrarpolitik an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen. Die Eckpunkte zum Gesundheitscheck liegen jetzt vor. Es geht darum, die Direkthilfen effektiver und einfacher einzusetzen, die Marktstützungsinstrumente für die heutigen Ansprüche sinnvoll umzugestalten und den Klimawandel und den Schutz der Artenvielfalt bei Flora und Fauna mit der Neuausrichtung der Landwirtschaft in den Blick zu nehmen. Klar wird auch: Es wird zu drastischen finanziellen Einschnitten ab 2013 kommen.

Die jetzt bekanntgemachten EU-Förderdaten bestätigen: Diese Subventionen gehen vor allem an die Unternehmen und die großen Betriebe. Diese Regierung ist jetzt gefordert, die zukünftige Agrarpolitik als integrierte Politik für die ländlichen Entwicklungen voranzubringen.

Eines ist klar: Um Arbeitsplätze und Wertschöpfung auf dem Land zu erhalten und auch Milchbauern und ihren Familien eine Perspektive zu geben, müssen jetzt die Weichen mit einer zukunftsfähigen Politik gestellt werden. Dieses Konzept, Herr Uhlenberg, muss jetzt entwickelt werden. Das wäre nachhaltig. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Watermann-Krass. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Ortgies.

Friedhelm Ortgies (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den paar Minuten, die mir noch bleiben, möchte ich zunächst eine Bemerkung zu den Ausführungen der Opposition machen.

In der Presse von gestern finden wir eine einzige Litanei darauf, dass die Regierung nicht genug spart. Heute finden wir eine einzige Litanei darauf, dass die Regierung zu viel spart. Was meinen Sie eigentlich? Was wollen Sie eigentlich?

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich höre nur, dass hier und da gespart wird. Ich darf nur einen Punkt nennen; diesen hat vorhin schon Frau Fasse angekündigt. Wir haben beispielsweise den Verbraucherzentralen eine institutionelle Förderung gewährt, was Sie nie geschafft haben. Sie bekommen weiterhin jedes Jahr 8,8 Millionen € und haben sich dafür öffentlich ausdrücklich bedankt.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein paar Sätze zum Bereich Landwirtschaft sagen. Die Politik kann sicherlich keine Preise machen. Die Politik ist dafür da, die heimischen Betriebe zu stärken und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Betriebe vernünftig wirtschaften können. Das tun wir mit der Auflegung dieses Haushaltsplanes.

Sie haben jahrelang gemeint, die landwirtschaftlichen Betriebe ans Gängelband nehmen zu müssen. Wir tun das nicht. Ein wichtiger Punkt ist zum Beispiel, dass wir die kofinanzierten Programme ausreichend mit Mitteln versorgen. Allein für das EFRE-Programm, das NRW-Programm „Ländlicher Raum“ und die „Gemeinschaftsaufgaben zur Förderung der Agrarstrukturen und des Küstenschutzes“ stehen im nächsten Jahr 160 Millionen € aus dem Haushalt zur Verfügung.

Diese Mittel sollen natürlich vorwiegend in die Bereiche fließen, die unter naturbedingten Standortnachteilen leiden wie Mittelgebirgslagen oder Grünlandbereiche. Hier müssen wir weiterhin Unterstützung gewähren, weil wir glauben, dass diese Gebiete auch aus touristischen Gründen weiter unterstützt werden müssen und nicht zurückbleiben dürfen.

Die Entwicklung im Agrarbereich, meine Damen und Herren, ist im letzten Jahr sehr positiv verlaufen. Die Preise haben sich positiv entwickelt, und die Menschen merken plötzlich, wie wichtig eine funktionierende Landwirtschaft auch für unser Land ist. Das wurde von vielen jahrelang vergessen.

Wir merken, dass die Selbstverständlichkeit, dass die Ressource Boden begrenzt ist, allmählich in unsere Köpfe drängt. In vielen Gebieten – der Minister hat es gesagt – gibt es schon jetzt einen Kampf um den Boden, um die Fläche. Wir haben schon vor zwei Jahren gefordert, dass die Zwangstilllegung seitens der EU überholt und zurückgesetzt wird. Endlich macht man das, was wir seit zwei Jahren fordern. Diese unsinnige Verordnung wurde außer Kraft gesetzt.

Meine Damen und Herren, trotz all dieser erfreulichen Perspektiven sollte man nicht der Forderung verfallen – wie die Opposition es macht –, För-

dermittel von der sogenannten ersten Säule in die zweite Säule umzuschichten. Wir lehnen diese Forderung strikt ab. Wir sind der Meinung, dass die Mittel direkt zu den Bauern fließen sollten.

(Beifall von der CDU – Jürgen Unruhe [SPD]:
Zu welchen?)

Die wissen am besten, wie sie damit umgehen wollen.

Sie wollten die Landwirtschaftskammer zerschlagen. Ich darf dazu bemerken, dass wir auch die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen

(Monika Ruff-Händelkes [SPD]: Schauen Sie
mal ins Gutachten!)

mit einem Konsolidierungsbeitrag – ich sage mal – belastet haben. Sie muss über Jahre hinweg jedes Jahr 2,5 Millionen € einsparen. Sie ist dabei. Wir sind uns sicher, dass sie ein verlässlicher Partner der Landwirtschaft bleiben wird.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Hinweis auf den vielzitierten Verkauf von Waldflächen. Der Finanzminister hat für das Jahr 2008 einen einmaligen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung gefordert. Von ca. 100.000 ha, die der Landesbetrieb Wald und Holz besitzt, sollen 3 bis 5 % zum Verkauf vorgesehen werden. Wir haben angemerkt – das haben wir auch in den Haushalt geschrieben –, dass dieser Beitrag durch den vorwiegenden Verkauf – so heißt das schöne Wort – von Nichtholzbodenflächen erfolgt.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Das ist nachträglich
eingebracht worden!)

Ich kannte diesen Begriff vorher auch nicht. Das ist – ich sage es mal etwas flapsig – Wald, wo keine Bäume stehen. Wir haben uns kundig gemacht, dass auch der Landesbetrieb Wald und Holz über ausreichende Flächen verfügt, um unsere Forderung zu erfüllen. Und wir erwarten, dass der Landesbetrieb danach handelt.

Meine Damen und Herren, die Koalition der Erneuerung zeigt mit diesem Haushalt auch im Einzelplan 10: Wir werden die Land- und Forstwirtschaft weiter fördern und unterstützen. Wir wissen als CDU und FDP, dass wir nicht nur ein Industrieland, sondern auch einer der größten Agrarproduzenten sind. Wir brauchen die Landwirtschaft zum Leben. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ortgies. – Für die FDP spricht nun noch einmal Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Entsprechend der Wortbeiträge möchte ich auf einige Positionsbestimmungen eingehen.

Erstens. Kollege Remmel, Sie haben recht: Der Ministerpräsident und diese Landesregierung haben zu einer Personalverstärkung um 300 Personen im Lebensmittelkontrollbereich Ja gesagt. Diese Leute wachsen jedoch nicht auf Bäumen, sondern müssen ausgebildet werden. Das ist auf einem guten Weg. Das lässt sich nicht von heute auf morgen realisieren, und das wissen auch Sie.

Zweitens. Sie sprechen immer gerne die Privatisierung an. Ja, ich stehe zu einer Privatisierung. Wir haben uns in der Zielrichtung auch deutlich geeinigt: Wenn wir § 18a WHG umsetzen, dann soll dies nicht zu einer Bevorzugung der Privaten führen. Vielmehr wollen wir die kommunale Entscheidungsfreiheit dahin gehend stärken, dass die Kommunen selbst entscheiden können, ob sie die Aufgabe selbst übernehmen oder sie nach einer Ausschreibung an Dritte – sei es nun an Private oder an Verbände – geben.

Drittens. Herr Minister, wir haben schon im letzten Jahr über den Problembereich AAV gesprochen. Ich teile Ihre Überzeugung, dass das Verhalten der Industrie im Bereich der Finanzierung der Altlastensanierung im AAV zumindest beschämend ist. Ich könnte auch noch sehr viel deutlichere Worte finden.

Ich habe den Betroffenen auch deutlich gesagt: Wenn sich dies nicht ändert, werden wir überlegen müssen, ob wir ordnungsrechtlich eingreifen und zu ganz anderen Strukturen kommen müssen. – Ich will das nicht, ich würde das bedauern. Aber was sich die Industrie beim AAV leistet, ist zumindest beschämend. Das sollten wir hier so deutlich sagen.

Nächster Punkt: Es ist die Feinstaubproblematik angesprochen worden. Leider, Kollege Remmel, hatten Sie vergessen, darauf hinzuweisen, dass wir einen wegweisenden Antrag eingebracht haben, Nordrhein-Westfalen als Modellregion zu begreifen. Die entsprechenden Vorbereitungen zur Umsetzung laufen. Das begrüße ich.

Frau Watermann-Krass, Sie stellen sich hier in Betroffenheitslyrik in Konkurrenz zu Ihrer Ausschusssprecherin hin und bedauern die Situation im Landesbetrieb Wald und Holz. Wer hat denn den Landesbetrieb am 1. Januar 2005 gegründet? Waren das die Koalitionsparteien? Sie haben diesen Landesbetrieb gegründet – ohne finanzielle Rückendeckung und ohne irgendwelche Zukunftsaussichten! Wir haben den Trümmerhaufen

übernehmen müssen! Wir müssen daraus etwas Vernünftiges machen! Wir machen das!

(Beifall von FDP und CDU)

Sie beklagen Ihre eigene Dummheit, diesen Landesbetrieb unverantwortlich gegründet zu haben! Darum geht es und um nichts anderes!

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich hatte Ausführungen zum BDF gemacht. Der Bund Deutscher Forstleute ist ein allseits anerkannter Verband, mit dem wir gerne reden. Dieser Verband hat allerdings einen anderen Vorsitzenden verdient als Herrn Dierdorf, der in unsäglichen persönlichen Angriffen gegen das Parlament und gegen diesen Minister vorgegangen ist. Ich kann die Lebensleistung von Herrn Dierdorf im Bereich der Forstwirtschaft überhaupt nicht beurteilen; da kenne ich seine Spur nicht. Ich kann ihn nur als Vorsitzenden des BDF beurteilen und dazu nur sagen: Dieser BDF hat einen anderen Vorsitzenden verdient. Wenn ein solcher Wechsel jetzt kommt, dann ist der BDF wieder ein guter Gesprächspartner. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Herr Remmel hat sich gemeldet und will einen Geschäftsordnungsantrag stellen. Ich frage aber zunächst Frau Schulze: Wollen Sie noch reden oder nicht?

(Svenja Schulze [SPD]: Frau Walsken wollte noch reden!)

– Frau Walsken? Okay. Dann gebe ich erst Herrn Remmel das Wort und dann Frau Walsken.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte hat ja gerade zum Schluss gezeigt, dass sowohl der Minister als auch die Fachkolleginnen und Fachkollegen zumindest bei der CDU in Sachen Waldverkauf besonders berührt sind. Das hat sie wohl getroffen,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass der Finanzminister hier per Diktat verkündet hat – was im Übrigen bei keinem anderen Etat der Fall ist –, dass durch Waldverkäufe 28 Millionen bis 30 Millionen € zu erbringen sind. Deshalb möchten wir, dass über unseren Änderungsantrag Drucksache 14/5676 namentlich abgestimmt wird, sodass auch Sie sich zu diesem Waldverkauf bekennen müssen.

Ich will noch das Hintertürchen, das Herr Pick versucht hat aufzumachen und das der Minister als Möglichkeit angedeutet hat, zumachen. Wir haben uns nämlich auch den Waldbericht angeschaut. Die nicht aufgestockten Flächen, die Sie meinen, machen in der Summe gut 3.800 ha aus. Selbst wenn Sie die sämtlich verkaufen würden, würden Sie noch nicht die 5.000 ha erreichen, die man beabsichtigt zu verkaufen. Und all diese Flächen sind im Großen und Ganzen schlecht verkäuflich. Deshalb ist das ein Ablenkungsmanöver.

Sie wollen Staatswald verkaufen. Dazu müssen Sie sich heute bitte schön in namentlicher Abstimmung bekennen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Remmel. – Frau Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Ellerbrock, wenn Sie sich hier hinstellen und lautstark in diesen Plenarsaal brüllen, dass der Landesbetrieb von uns gegründet wurde, antworte ich Ihnen genauso laut: Ja, wir stehen zu dieser Gründung! Wir stehen zu diesem Betrieb! Es liegt jetzt in Ihrer Hand, aus diesem Betrieb etwas zu machen!

(Lachen von der CDU)

Aber Sie verkaufen den Wald und nutzen die Mittel zur Haushaltskonsolidierung. Aus meiner Sicht ist das unseriös. Ja, wir stehen zu diesem Landesbetrieb!

(Beifall von der SPD)

Wir halten den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für inhaltlich in Ordnung. Wir werden uns aber bei diesem Antrag der Stimme enthalten, nicht deshalb, weil wir ihn inhaltlich nicht wollen, sondern weil wir in unseren Haushaltsplanberatungen – ich hatte das hier bereits gesagt – den Schwerpunkt in diesem Jahr auf den Bereich Kinder, Jugend und Familie gelegt und den Haushalt dazu in einer Größenordnung von 400 Millionen € umgeschichtet haben. Da wir die Deckung, die die Grünen zu diesem Antrag anbieten, nicht teilen können, wollen wir uns an dieser Stelle enthalten. Das heißt nicht, dass wir den Waldverkauf als Mittel zur Haushaltskonsolidierung unterstützen. Ganz im Gegenteil! Wir haben eine dezidiert andere Position. Das ist die Begründung für unser Abstimmungsverhalten. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Ja oder nein!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Walsken. – Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Kollegin Walsken, Sie haben versucht, eine Mär aufzubauen. Sie haben erstens richtig gesagt, dass es unter Ihrer Verantwortung am 1. Januar 2005 zur Gründung des Landesbetriebes Wald und Holz gekommen ist. Sie haben aber zweitens nicht gesagt, dass Sie diesen Landesbetrieb von Anfang an nicht mit einer hinreichenden finanziellen Ausstattung versehen hatten.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie dies heute nicht deutlich darstellen, dann unterstelle ich Ihnen eine selektive Wahrnehmung der Realität. Sie müssten es als finanzpolitische Sprecherin besser wissen. Wenn Sie das hier anders darstellen, ist das eine unterschiedliche Wahrnehmung der Realität – um andere Ausdrücke zu vermeiden. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Beratung ist damit geschlossen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat gemäß § 43 unserer Geschäftsordnung **namentliche Abstimmung** zu dem **Änderungsantrag Drucksache 14/5676** beantragt. Das ist die laufende Nummer 73 in Ihren Unterlagen. Ich schlage vor, dass wir erst diese namentliche Abstimmung durchführen, bevor ich dann beginnend bei Nummer 66 die anderen Änderungsanträge zur Abstimmung aufrufe.

Nach § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass Sie sich der Stimme enthalten.

Ich bitte nun die Beisitzer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt. *[Namensliste siehe Anlage 1]*)

Nachdem alle ihre Stimmen abgegeben haben, bitte ich die Schriftführer um Auszählung.

(Die Auszählung erfolgt.)

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, wir treten wieder in die Sitzung ein.

Ich darf Ihnen das **Ergebnis** der namentlichen Abstimmung zum **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5676** bekannt geben: Mit Ja haben elf Abgeordnete gestimmt, mit Nein 96 Abgeordnete. Enthalten haben sich 62 Abgeordnete. Damit ist dieser Antrag mit deutlicher Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zu den **weiteren Abstimmungen** zum **Einzelplan 10**.

Ich rufe auf die laufende Nummer 66: **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/5635**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Ich komme zur laufenden Nummer 67: **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/5636**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich komme zur laufenden Nummer 68: **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/5637**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich komme zur laufenden Nummer 69: **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/5638**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Dann ist der Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Jetzt kommen wir zur laufenden Nummer 70: **Änderungsantrag** des fraktionslosen Abgeordneten Sagel **Drucksache 14/5705**. Wer ist dafür? –

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Ich komme zur laufenden Nummer 71: **Änderungsantrag** des fraktionslosen Abgeordneten Sagel **Drucksache 14/5706**. Wer ist dafür? –

(Zuruf von der CDU: Niemand!)

Keiner. Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist dieser Antrag bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 72: **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/5651**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Über den Änderungsantrag mit der laufenden Nummer 73 haben wir bereits abgestimmt.

Wir kommen also zur Abstimmung über den Änderungsantrag mit der laufenden Nummer 74: **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/5677**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zum letzten Änderungsantrag zum Einzelplan 10. Das ist die laufende Nummer 75: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5675**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir stimmen dann ab über den **Einzelplan 10**, und zwar in der Fassung der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5510**. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der Einzelplan 10 mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition ohne Enthaltungen so **beschlossen**.

Meine Damen und Herren, in der Mittagspause haben wir über das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie beraten. Wir haben aber noch nicht über den Einzelplan abgestimmt. Das holen wir jetzt nach.

Wir kommen also zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 06**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge mit den laufenden Nummern 61 bis 65. Ich sage das nur, damit die Parlamentarischen Geschäftsführer immer wissen, worüber wir gerade abstimmen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Danke, Herr Präsident!)